

# Bericht aus dem Rathaus

# **DIE LINKE.** **SCHWERIN**

---

## Februar 2020

---

### Januarsitzung der Stadtvertretung

#### **Klimanotstand und Theater im Mittelpunkt der Debatten:**

Der Januarsitzung der Stadtvertretung gingen diesmal zwei Veranstaltungen voraus. Zunächst gedachten die gewählten Stadtvertreter\*innen im Jahr 75 nach der Befreiung des KZ Auschwitz den vielen Opfern. Anschließend wurde es vor dem Rathaus laut, als ca. 150 Demonstranten ihrer Erwartung Ausdruck verliehen, dass auch Schwerin dem Klimaschutz die Bedeutung beimisst, die dieser verdient. Sie übergaben einen offenen Brief an den Stadtpräsidenten und forderten die Stadtvertreter\*innen auf,

dem rot-rot-grünen Antrag, der den Klimanotstand feststellen sollte und für Bau- und andere Maßnahmen forderte, diese auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Die Debatte verlief lebhaft. Gerd Böttger warb unter dem Applaus der zahlreichen Besucher\*innen, für die Zustimmung zum Antrag und machte noch einmal deutlich, dass man auch vor Ort umsteuern müsse. Nicht zuletzt die Starkregenfälle des letzten Jahres hätten gezeigt, dass auch Schwerin keine Insel der Glückseligkeit ist.

---

#### **Ausgang im Theaterpakt offen**

Erneut im Mittelpunkt heftiger Diskussionen stand das Mecklenburgische Staatstheater. Mit dem Theaterpakt hat die Landesregierung angeboten, die Anteile der kommunalen Träger Stadt Parchim, Landeshauptstadt Schwerin und Landkreis Ludwigslust-Parchim zu übernehmen. Grundsätzlich ein zu begrüßender Schritt, wie Dr. Daniel Trepsdorf deutlich machte. Allerdings gab es in den letzten Monaten immer wieder Rückmeldungen, dass sich sowohl die Stadt Parchim, als auch der Landkreis Ludwigslust-Parchim vorbehalten, ihre Anteile weiter zu halten. Vor allem die Diskussionen über den Ausbau der Elde Mühle als Spielort haben wohl Skepsis hervorgerufen. Daher

unterstützte DIE LINKE den Antrag der Grünen, sich für den Fall, dass die beiden anderen kommunalen Träger ihre Anteile nicht an das Land verkaufen, auch als Landeshauptstadt Schwerin mit 10 Prozent am Theater beteiligt zu bleiben. Immerhin steht das Haus in unserer Stadt. Allerdings sollte Oberbürgermeister Dr. Badenschier in diesem Fall mit dem Land über eine Anpassung des jährlichen Zuschusses von 6,6 Mio. Euro verhandeln, der dem tatsächlichen Einfluss der Landeshauptstadt entspricht. Die Mehrheit sah dafür keine Notwendigkeit, so das zu hoffen bleibt, dass der Theaterpakt nun zügig in der vom Land versprochenen Form umgesetzt wird.

---

Sie suchen aktuelle Information über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen? Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de) Dort finden Sie viele Informationen über unser Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

---

## Arbeitsbedingung unter der Lupe

Bei einem Vor-Ort-Besuch mit Bernd Riexinger war Henning Foerster vom Lehrerkollektiv der Beruflichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung um Unterstützung gebeten worden. Seit Jahren sind die Arbeitsbedingungen in den warmen Monaten untragbar. Bisherige Überlegungen zur Montage eines außenliegenden Sonnenschutzes scheiterten am Veto der Denkmalschützer. Daher hatte DIE LINKE

beantragt, eine innenliegende Lösung zu schaffen und den Oberbürgermeister beauftragt, im Dezember eine technische Lösung nebst Finanzierungsplan vorzulegen. Da dies bis heute nicht geschehen ist, hakte Henning Foerster jetzt noch einmal nach. Nachdem nun das Gutachten des Denkmalschutzes vorliegt, versprach Baudezernent Bernd Nottebaum, dass es bis zum Sommer eine Lösung geben wird

---

## Appell an das Polizeipräsidium

Während der Jahresklausur 2019 haben Mitglieder der Fraktion im November unter anderem auch das Jugendhaus Lankow besucht. Im Gespräch mit den Sozialarbeiter\*innen wurde auf das drängende Problem der brachliegenden Präventionsarbeit der Polizei an den Schulen in Schwerin hingewiesen, wie Peter

Brill verdeutlichte. Ursächlich dafür ist offenbar der Rentenantritt der bisher in diesem Bereich tätigen Kolleg\*innen. Daher hat DIE LINKE den Oberbürgermeister nun aufgefordert, sich zügig mit dem Polizeipräsidium ins Benehmen zu setzen und das Problem schnellstmöglich zu lösen.